

Stellenplan 2006

hier: Stellenschaffungen

Anmeldung zur Tagesordnung der Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses vom 25.10.2005 - öffentlich -

I. Sachverhalt

1. Vorbemerkungen

Der Stellenbestand der Stadtverwaltung Nürnberg, einschließlich der Eigenbetriebe sowie der dem Klinikum Nürnberg und dem Staatstheater Nürnberg zugewiesenen Beamten, lag am 01.01.2005 bei 8.739 Stellen. Damit reduzierte sich die Stellenanzahl um 347 Stellen gegenüber dem Stand am 01.01.2004 (damals 9.086 Stellen). In dieser Reduzierung sind allerdings 305 Stellen für Angestellte und Arbeiter enthalten, die in den Stellenplan des Staatstheater Nürnberg überführt wurden, so dass sich die Zahl der Stellen um 42 reduziert hat. Die Stellen der städtischen Mitarbeiter/-innen, die im Rahmen der ARGE Nürnberg und der interkommunalen Zusammenarbeit (BeihilfeCenter Erlangen) abgeordnet/zugewiesen wurden, sind dagegen in der Gesamtzahl enthalten.

Damit hat sich die Entwicklung fortgesetzt, wonach sich trotz erforderlicher Schaffung neuer Stellen (21,21 Vollkraftstellen zum Haushalt 2005) aufgrund haushaltskonsolidierender Maßnahmen und von Sparbeiträgen im Rahmen der erweiterten Budgetverantwortung, im Saldo eine Verringerung der Stellenzahl ergeben hat. In den ersten acht Monaten des Jahres 2005 hat sich diese Entwicklung weiter fortgesetzt, so waren am 01.09.2005 nur noch 8.695 Stellen und somit 44 Stellen weniger vorhanden.

Doch auch für das Haushaltsjahr 2006 gilt, dass sich die Stadt trotz des Zwangs zur Sparsamkeit neuen Entwicklungen nicht verschließen kann und Stellenkapazität gegen Deckung dort bereitstellen muss, wo dies zwingend erforderlich ist.

2. Anträge der Geschäftsbereiche

Für den Bereich der Stadtverwaltung liegen zum Haushalt 2006 insgesamt Anträge der Geschäftsbereiche auf Schaffung von 53,10 Vollkraftstellen vor.

Da der Zwang zur Haushaltskonsolidierung auch weiterhin besteht, gilt für den Stellenplan 2006, dass keine Stellen geschaffen werden können, die nicht durch Mehrerträge/Wenigeraufwendungen oder durch Stellenreduzierungen/Stelleneinzüge gedeckt sind (AdO Nr. 7 vom 20.04.2005). Wenn bei absolut unabweisbarem Bedarf für das Jahr 2006 Stellen benötigt werden, muss dies - ähnlich wie in den Vorjahren -

- durch Stellenreduzierungen/Stelleneinzüge innerhalb der eigenen Dienststelle oder innerhalb des jeweiligen Fachreferates bzw. des Geschäftsbereiches oder
- durch vollständige Drittmittelfinanzierung oder

- zu Lasten von plafond- bzw. budgetrelevanten Wenigeraufwendungen oder Mehrerträgen bei der jeweiligen Dienststelle

erreicht werden. Drittmittelfinanzierungen bzw. Finanzierungen zu Lasten von plafond- bzw. budgetrelevanten Wenigeraufwendungen oder Mehrerträgen müssen auf Dauer gesichert sein.

Jeder Stellenschaffungsantrag wurde gesondert geprüft. Die einzelnen Stellungnahmen liegen als Anlage bei. Zur besseren Kostentransparenz wurde dabei jeweils die angebotene Deckung den zu erwartenden Mehrausgaben gegenübergestellt. Soweit sich Deckungsvorschläge auf Sachmittel, Einnahmen oder das jeweilige Budget beziehen, wurden diese mit Stk abgeklärt.

Nach eingehender Überprüfung werden, um die volle Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung weiterhin aufrechtzuerhalten und neuen Anforderungen gerecht zu werden, insgesamt 15 Stellenschaffungen vorgeschlagen. Dabei handelt es sich ausschließlich um Stellen gegen volle Stellendeckung, Drittmittelfinanzierung, Budget- oder Plafondfinanzierung bei folgenden Geschäftsbereichen/Dienststellen

	Vollkraftstellen
- Bürgermeisteramt	1,00
- Bürgeramt Nord/Ost/Süd	1,50
- Ordnungsamt	1,50
- Stadtkasse	2,00
- Schulreferat	1,75
- Amt für Berufliche Schulen	0,75
- Tiefbauamt	2,50
- Verkehrsplanungsamt	2,00
- Stadtbibliothek	2,00

Alle Anträge auf Stellenschaffung, für die keine (vollständige) Deckung vorhanden ist, werden dem Stadtrat nicht zur Schaffung vorgeschlagen (38,10 Stellen). Dies bedeutet eine weitere Arbeitsverdichtung in den Bereichen, in denen sich die Fallzahlen erhöht haben oder neue Aufgaben/Tätigkeiten hinzugekommen sind. Auch können von Fachausschüssen beschlossene und wünschenswerte Kapazitätsausweitungen, wie sie beispielsweise für eine Aufstockung der städtischen Kinderhortplätze oder einen Ganztagesbetrieb an der Adam-Kraft-Realschule beantragt wurden, nicht realisiert werden.

3. Zusammenfassung

Die beigefügte Liste „Stellenschaffungen zum Haushalt 2006“ gibt einen nach Geschäftsbereichen und Dienststellen sortierten Überblick über die Anträge sowie Hinweise zur Finanzierung und zu weiteren Festlegungen oder Bedingungen. Schließlich wird dargestellt, ob und in welchem Umfang der einzelne Schaffungsantrag begutachtet wird.

II. Beilage

- Liste "Stellenschaffungen zum Haushalt 2006"
- Stellungnahmen zu den einzelnen Stellenschaffungsanträgen

III. Gutachtensvorschlag

Die Schaffung der in der Liste "Stellenschaffungen zum Haushalt 2006" in der Spalte Stellenschaffungsvorschlag ausgewiesenen 15 Vollkraftstellen wird nach Maßgabe der jeweils dort enthaltenen Festlegungen einschl. der vorgeschlagenen Stelleneinzüge begutachtet.

IV. Herrn OBM

V. Ref. I/POA

Nürnberg, 29.09.2005
Referat für Allgemeine Verwaltung

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stand: 19.09.2005

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellen-schaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
<u>Geschäftsbereich OBM</u>						
1	BgA	1,00	<u>Menschenrechtsbüro</u> Sachbearbeiter/in	ohne Deckung	0	-
2	BgA	1,00 1,00	<u>Metropolregion Nürnberg</u> Leiter/in der Geschäftsstelle Verwaltungsfachkraft	Deckung durch Umlageverfahren Ib	1 0	- -
<u>Geschäftsbereich OBM-SRD</u>						
3	BA/NOS	1,00 0,50	<u>Kraftfahrzeugzulassung</u> Sachbearbeiter/in Sachbearbeiter/in	mit Fristvermerk F 12.07; die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben Vc Vc	1 0,5	- -

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellenschaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
4	OA		<u>Kraftfahrzeugzulassung</u>	die Vc-Stelle mit Fristvermerk F 12.07; Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben		
		1,30	Sachbearbeiter/in	Vc	1	-
		1,00	Hilfs-Sachbearbeiter/in	VII	0,5	-
<u>Geschäftsbereich Referat I</u>						
5	PA		<u>Personalwirtschaft</u>	ohne Deckung	0	-
		3,00	Sachbearbeiter/in			
6	PA		<u>Personalabrechnung</u>	ohne Deckung	0	-
		1,00	Sachbearbeiter/in			
<u>Geschäftsbereich Referat II</u>						
7	Ka		<u>Anlagenbuchhaltung</u>	gegen Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerks; zwischenfinanziert aus dem Budget der Dienststelle	1	-
		2,00	Verwaltungsfachkraft	Vc		
8	Ka		<u>Stammdatenverwaltung</u>	Teildeckung aus Einsparungen aufgrund organisatorischer Änderungen bei St verbunden mit Stelleneinzügen und WAS-Reduzierungen (POA vom 13.09.2005); restl. Finanzierung aus dem Budget von Ka	1	-
		2,00	Verwaltungsfachkraft	Vc		

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellen-schaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
<u>Geschäftsbereich Referat IV</u>						
9	Ref. IV	1,00	<u>Büchergeld</u> Sachbearbeiter/in	gedeckt durch Zuschuss des Staates Vb/IVb	1	-
		1,00	Sachbearbeiter/in	Vlb	0,75	-
10	SchB	1,00	<u>Büchergeld</u> Sachbearbeiter/in	gedeckt durch Zuschuss des Staates Vlb	0,75	-
11	AKR	4,80	<u>Lehrkräfte</u> Lehrkraft	ohne Deckung	0	-
12	AKR	2,00	<u>Schulsozialpädagogen</u> Schulsozialpädagoge/in	ohne Deckung	0	-
<u>Geschäftsbereich Referat V</u>						
13	J	1,00	<u>Kinder- und Jugendarbeit</u> Sozialpädagoge/in	ohne Deckung	0	-
14	J	1,00	<u>Aktivspielplätze, Archäologischer Spielplatz Rehof</u> Erzieher/in	ohne Deckung	0	-

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellen-schaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
15	J	8,00	<u>Kinderhorte</u> Erzieher/in	Teildeckung durch Nutzungszeitzuschüsse	0	-
16	J	1,00	<u>Ausbildungsförderung</u> Sachbearbeiter/in	ohne Deckung	0	-
17	J	1,00	<u>Unterhaltungsvorschußgesetz</u> Sachbearbeiter/in	ohne Deckung	0	-
<u>Geschäftsbereich Referat VI</u>						
18	BAV	1,00	<u>Begutachtung und Prüfung von Vergaben</u> Sachbearbeiter/in	Teildeckung über Verrechnung der Vergabekosten	0	-
19	BAV	0,50	<u>Haushalt, Zuwendungen, Schäden</u> Sachbearbeiter/in	ohne Deckung	0	-
20	Stpl	1,00	<u>Ausbau des Frankenschneidweges - Städtebauliche Planung</u> Bauingenieur/in		0	-

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellen-schaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
21	Vpl		<u>Generalverkehrsplanung, Projekt ORINOKO</u>	Deckung durch Drittmittel; F 12/07		
		0,50	Bauingenieur/in	IVa/III	0,5	-
		1,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/	IIIH	1	-
22	Vpl		<u>Ausbau des Frankenschnellweges - Straßenplanung</u>	Deckung i.H.v. 50 % durch Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freierwendende Stellen(anteile) sowie 50% über MIP-Mittel; F 12/08		
		1,00	Bauingenieur/in	IVa/III	0,5	-
23	H		<u>Fachbereich Denkmalschutz</u>	ohne Deckung		
		1,00	Bauingenieur/in		0	-
		1,00	Bautechniker/in		0	-
		1,00	Verwaltungskraft		0	-
24	T		<u>Straßenbau Nordost</u>	Deckung durch Einsparungen und Personalkostenerstattung		
		0,50	Bautechniker/in	Vc/Vb	0,5	-
25	T		<u>Werkbetrieb und Baustoffbeschaffung</u>	ohne Deckung		
		1,00	Bauingenieur/in		0	-

Lfd. Nr.	Dienststelle	Anzahl	Funktion	Bemerkungen/Festlegungen Wert	vom POA begutachtete Stellen-schaffung	Zusätzliche Kosten (€) Gesamthaushalt/jährlich
26	T		<u>Ausbau des Frankenschnellweges</u>	Teildeckung i.H.v. 50 % durch Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freierwende Stellen(anteile) sowie 50% über MIP-Mittel; F 12/08		
		2,00	Bauingenieur/in	IVa/III	1	-
		1,00	Bauingenieur/in	II H	1	-
<u>Geschäftsbereich Referat VII</u>						
27	Ref. VII		Koordinierungsstelle <u>Metropolregion Nürnberg</u>	ohne Deckung		
		1,00	Verwaltungsfachkraft		0	-
		1,00	Leiter/in der Koordinierungsstelle		0	-
<u>Geschäftsbereich Referat VIII</u>						
28	StB		<u>Digitale Erschließung der Hausbücher der Nürnberger Zwölfbrüderstiftung</u>	mit Spervermerk bis Zuschussfinanzierung gesichert; dann mit Stellenvermerk "Z"; befristet bis 09.07		
		2,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/	IIIH	2	-

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**

Dienststelle **Bürgermeisteramt**

lfd. Nr. **1**

Tätigkeitsbereich **Menschenrechtsbüro**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	IVb	55.900 €	0 €	55.900 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **In den letzten Jahren sind Aufgaben des Menschenrechtsbüros stetig gewachsen. Dadurch hat auch die Verwaltungstätigkeit deutlich zugenommen. Seit 2001 ist im Menschenrechtsbüro eine überplanmäßige Verwaltungskapazität beschäftigt. Mit dem Stellenschaffungsantrag soll die bisher geleistete überplanmäßige Tätigkeit in den Stellenplan überführt werden. Der Umfang an Aufgaben ist mit dem im Stellenplan ausgewiesenen Personal nicht zu bewältigen.**

Stellungnahme: **Aufgrund der Vielzahl von Gedenkveranstaltungen waren im Jahr 2005 die laut Stellenplan zur Verfügung stehenden Personalressourcen nicht mehr ausreichend. Am 18.02.2005 wurde zur Unterstützung und zur Vorbereitung der Veranstaltungen für die Verleihung des diesjährigen Menschenrechtspreises Personalkapazität im Umfang einer Vollzeitkraft in VGr. Vb/IVb für den Zeitraum vom 01.03.2005 - 31.08.2005 begutachtet. Die Begutachtung der überplanmäßigen Kapazität erfolgte unter der Voraussetzung einer Teildeckung der Kosten. Eine weitere Deckung ist lt. Aussagen des BgA nicht leistbar. Deshab kann die Stellenschaffung leider nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM**
 Dienststelle **Bürgermeisteramt**
 lfd. Nr. **2**
 Tätigkeitsbereich **Metropolregion Nürnberg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Leiter/in der Geschäftsstelle	Ib	91.300 €	91.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Leiter/in der Geschäftsstelle	Ib	91.300 €	91.300 €	0 €
beantragt:	1,00	Verwaltungsfachkraft	VIb	42.900 €	42.900 €	0 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **Deckung durch Umlageverfahren**
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

Begründung der Dienststelle: **Für die Gesamtkoordination der Metropolregion Nürnberg (MRN) soll nach Vorstellung des Herrn OBM und Herrn Ref. VII eine Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg als dem Ratsvorsitzenden der MRN und für die Koordinierung der regionalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Metropolregion im Wirtschaftsreferat eine Koordinierungsstelle für das Forum Wirtschaft und Infrastruktur eingerichtet werden. Die Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister und die Koordinierungsstelle beim Wirtschaftsreferat sollen jeweils mit einer Stelle im wissenschaftlichen Bereich und einer Stelle für allgemeine Verwaltungstätigkeiten ausgestattet werden.**

Stellungnahme: **Die Stadt Nürnberg als Kernstadt der MRN übernimmt laut Geschäftsordnung die zentrale Aufgabe, gemeinsame Aktivitäten anzustoßen und zu koordinieren. Dazu wird eine Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg eingerichtet. Nach dem bisher vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung der MRN ist ein Jahresbeitrag im Kern der Metropolregion auf der Basis der Einwohnerzahlen vorgesehen. Derzeit wird ein Betrag von ca. 100.000 € im Jahr 2006 erwartet. Wegen der stufenweise Einführung der Beitragszahlungen soll sich der Betrag vermutlich im Jahr 2007 auf rund 200.000 € und ab 2008 auf ca. 300.000 € erhöhen. Für die Einrichtung einer Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister wird deshalb ein/e wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in der VGr. Ib begutachtet (Kosten: 91.300 €). Die für die Metropolregion zu leistenden Verwaltungsaufgaben, wie Sitzungsvor- und -nachbereitung, sollten im Rahmen der bei BgA zur Verfügung stehenden Verwaltungskapazität mit erbracht werden. Inwieweit für das Jahr 2007 auch aufgrund des Arbeitsanfalles und auf der Basis der dann verabschiedeten Geschäftsordnung weitere Kapazitäten notwendig werden, muss ggf. für das Haushaltsjahr 2007 geprüft werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM-SRD**
 Dienststelle **Bürgeramt Nord/Ost/Süd**
 lfd. Nr. **3**
 Tätigkeitsbereich **Kraftfahrzeugzulassung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vc	46.300 €	0 €	46.300 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vc	46.300 €	46.300 €	0 €
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	Vc	23.150 €	0 €	23.150 €
Vorschlag:	0,50	Sachbearbeiter/in	Vc	23.150 €	23.150 €	0 €

Anmerkungen
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

mit Fristvermerk F 12.07; die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben

Begründung der
 Dienststelle:

Durch die Verabschiedung der EG-Richtlinie 1999/37/EG werden die Zulassungsdokumente im Bereich Kraftfahrzeugzulassung europaweit harmonisiert. Die Papiere des bisherigen Fahrzeugbestandes (ca. 330.000) werden bei Besitzumschreibungen, Änderungen, Ersatzpapieren wegen Unbrauchbarkeit/Verlust zur Gänze neue Papiere ausgestellt. Im bisherigen Verfahren wurden nur die jeweiligen Änderung in den vorhandenen Papieren vermerkt. Es müssen ca. 103.000 Vordrucke sicher aufbewahrt und verwaltet werden.

Stellungnahme:

Aufgrund der durch die EU gesetzlich vorgeschriebenen Harmonisierung der Zulassungsdokumente sowie der durch den Freistaat übertragenen Aufgaben (Lastschrifteinzugsverfahren und Überprüfung der Kfz-Steuerrückstände) sind die lt. Stellenplan zur Verfügung stehenden Personalressourcen für die nächsten Jahre nicht mehr ausreichend. Zur Unterstützung in der Zulassungsstelle wird Personalkapazität im Umfang von insgesamt 1,5 Vollkraftstellen in VGr. Vc begutachtet. Da der Umtausch der Dokumente beim bisherigen Fahrzeugbestand bei Ummeldungen inner- und außerhalb Nürnbergs erfolgt, ist damit zu rechnen, dass sich der Arbeitsanfall in einigen Jahren wieder reduziert. Daher wird ein Fristvermerk 12/07 angebracht.

Die Begutachtung der Stellen erfolgt unter der Voraussetzung einer Deckung der Stellen durch die Dienststelle bzw. den Geschäftsbereich. Insbesondere sind Einnahmeerhöhungen, Ablaufoptimierungen aufgrund der Erkenntnisse des KGSt-Vergleichsringes sowie weitere Ausgabenreduzierungen näher zu betrachten. Ebenfalls wird aufgrund der Aufgabenübertragung durch den Freistaat Bayern eine Anwendung des Konnexitätsprinzips und damit die teilweise Kostenerstattung durch den Freistaat kritisch zu prüfen sein. Die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und nur im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **OBM-SRD**
 Dienststelle **Ordnungsamt**
 lfd. Nr. **4**
 Tätigkeitsbereich **Kraftfahrzeugzulassung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,30	Sachbearbeiter/in	Vc	60.190 €	0 €	60.190 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vc	46.300 €	46.300 €	0 €
beantragt:	1,00	Hilfs-Sachbearbeiter/in	VII	34.200 €	0 €	34.200 €
Vorschlag:	0,50	Verwaltungskraft	VII	23.150 €	23.150 €	0 €

Anmerkungen
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

die Vc-Stelle mit Fristvermerk F 12.07; Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben

Begründung der
 Dienststelle:

Durch die Verabschiedung der EG-Richtlinie 1999/37/EG werden die Zulassungsdokumente im Bereich Kraftfahrzeugzulassung europaweit harmonisiert. Die Papiere des bisherigen Fahrzeugbestandes (ca. 330.000) werden bei Besitzumschreibungen, Änderungen, Ersatzpapieren wegen Unbrauchbarkeit/Verlust zur Gänze neue Papiere ausgestellt. Im bisherigen Verfahren wurde nur die Änderung in den vorhandenen Papieren vermerkt. Im Vergleich bisher wurdeEs müssen ca. 103.000 Vordrucke sicher aufbewahrt und verwaltet werden.

Stellungnahme:

Aufgrund der durch die EU gesetzlich vorgeschriebenen Harmonisierung der Zulassungsdokumente sowie der durch den Freistaat übertragenen Aufgaben (Lastschrifteinzugsverfahren und Überprüfung der Kfz-Steuerrückstände) ist die lt. Stellenplan zur Verfügung stehenden Personalressourcen für die nächsten Jahre nicht mehr ausreichend. Da der Umtausch der Dokumente beim bisherigen Fahrzeugbestand bei Ummeldungen inner- und außerhalb Nürnbergs erfolgt, ist damit zu rechnen, dass sich der Arbeitsanfall in einigen Jahren wieder reduziert. Daher wird ein Fristvermerk 12/07 angebracht.

Die Begutachtung der Stellen erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Dienststelle eine Deckung der Stellen erreicht. Insbesondere sind Einnahmeerhöhungen durch die Anpassung einiger Rahmengebühren, Ablaufoptimierungen aufgrund der Erkenntnisse des KGSt-Vergleichsrings sowie weitere Ausgabereduzierungen näher zu betrachten. Die Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen und nur im Umfang der von der Dienststelle angebotenen und akzeptierten Deckung freigegeben. Inwieweit aufgrund der Aufgabenübertragung durch den Freistaat Bayern eine Anwendung des Konnexitätsprinzips und damit die teilweise Kostenerstattung durch den Freistaat möglich wird, ist noch zu prüfen.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
Dienststelle **Personalamt**
Ifd. Nr. **5**
Tätigkeitsbereich **Personalwirtschaft**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	3,00	Sachbearbeiter/in	A9G/10	157.800 €	0 €	157.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Die Stellen sind notwendig vor dem Hintergrund der neuen, dauerhaft zusätzlichen Aufgaben durch den TVöD (insbesondere 2jährige Leistungsbewertungen sowie Leistungsbezahlung der Arbeitnehmer/innen), den Änderungen im Beamten- und Versorgungsrecht und den durch die neueste Rechtsprechung zu Stellenbesetzungsverfahren zusätzlichen Aufgaben (bei nicht aktuellen und/oder vergleichbaren dienstlichen Beurteilungen sind für die Auswahlentscheidung aktuelle Eignungs-, Befähigungs- und Leistungseinschätzungen einzuholen. Dies führt zudem dauerhaft zu einem zusätzlichen umfangreichen Koordinierungsaufwand) sowie der zusätzlichen Aufgaben resultierend aus dem neuen Mobilitätsmanagement und der Jobbörse.**

Stellungnahme: **Die vorübergehend auftretenden Belastungsspitzen, die durch die Überleitung im Rahmen des TVöD entstehen, sollten mit den vorhandenen Kapazitäten bewältigt werden können. Zur Beurteilung der zukünftigen Personalausstattung bei PA/2 wird vorgeschlagen, die Ergebnisse des Prüfauftrages zur Rezentralisierung der Personalarbeit, des Prüfauftrages zu Auswirkungen von SAP sowie die Frage der Auswirkungen des neuen Tarifvertrages (zukünftig einheitlicher Tarifvertrag für Angestellte und Arbeiter) abzuwarten. Eine Deckung wird nicht angeboten. Der Antrag zur Schaffung von drei Stellen kann daher nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat I**
Dienststelle **Personalamt**
lfd. Nr. **6**
Tätigkeitsbereich **Personalabrechnung**

Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt: 1,00	Sachbearbeiter/in	A9G/10	52.600 €	0 €	52.600 €
Vorschlag: 0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Die Aufgabe „Kindergeld/familienstandsbezogene Leistungen“ (Familien-, Orts- und Sozialzuschläge usw.) wurde 1995/1996 im Zuge von Aufgabenverlagerungen zwischen Ka und PA einerseits und Personalwirtschaft und Personalabrechnung andererseits auf die neu gebildete Abteilung „Personalabrechnung“ (PA/8) übertragen. Für diese Aufgaben (z. B. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall) wurden insgesamt 6 Stellen für PA/8 neu eingerichtet, und zwar 1 Stelle des gehobenen Dienstes (Sachbearbeiter/in Grundsatzfragen Kindergeld usw.) und 5 Stellen für Kontenführer/innen. Kindergeld ist dabei eine Aufgabe, die der (zuständige) Bund ohne Kostenerstattung auf die Dienstherrn und die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes abgewälzt hat. Zusätzlicher Personalbedarf entsteht durch die seit 1996 eingetretenen umfassenden Gesetzesänderungen, die das Kindergeldrecht wesentlich komplexer machten. Die Umstellung von der optimierten Paisy-Anwendung auf den SAP-Standard erzeugt höheren Aufwand. Diverse Aktionen wie die Vollüberprüfung der Anspruchsvoraussetzungen aller Leistungsbezieher/innen (einschl. Klinikum rd. 10.600 Beschäftigte) im Jahr 2004 sowie Belastungsspitzen durch jährliche Anfragen zur Einkommensüberprüfung haben zu hohen Belastungen der Beschäftigten geführt.**

Stellungnahme: **Die Gesetzesänderungen sind seit 1996 gültig. Zusätzliche, planbare Einzelaktionen, die mit Belastungsspitzen einhergehen, sollten mit vorübergehend zugewiesenem Personal (z.B. aus dem MM) unterstützt werden. Die Auswirkungen von SAP auf die Personalabrechnung insgesamt sind im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsvorschlags ID 168/2005 zu prüfen. Im Vorgriff hierauf können keine dauerhaften zusätzlichen Kapazitäten aufgebaut werden. Eine Deckung wird nicht angeboten. Der Antrag auf Stellenschaffung kann daher nicht befürwortet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
Dienststelle **Stadtkasse**
Ifd. Nr. **7**
Tätigkeitsbereich **Anlagenbuchhaltung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Verwaltungsfachkraft	Vc	92.600 €	46.300 €	46.300 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungsfachkraft	Vc	46.300 €	46.300 €	0 €

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

gegen Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerks; zwischenfinanziert aus dem Budget der Dienststelle

Begründung der
Dienststelle:

Die komplexen und vielschichtigen Arbeitsvorgänge des laufenden Buchhaltungsbetriebs, wie beispielsweise die spezifische Bewertung von Vermögensgegenständen, das Anlegen der Anlagenstammsätze oder der Investitionsaufträge, die zwingend für die Auftragserteilung erforderlich sind, und das Erstellen der Anlagenspiegel bedingen eine zeitaufwendige und qualitativ anspruchsvolle Sachbearbeitung. Die diese Tätigkeit übernehmenden Mitarbeiter sind besonders zu qualifizieren. Der unterstützende Einsatz überplanmäßiger nicht qualifizierter Kräfte in der Einführungsphase zeigte dies deutlich, da diese nur für einfache Tätigkeiten herangezogen werden konnten und die eigentlichen Sachbearbeiter dennoch überlastet waren und die Altdatenübernahme noch nicht abgeschlossen ist.

Stellungnahme:

Die Begründung der Dienststelle für den Stellenschaffungsantrag ist nachvollziehbar. Der derzeitige Bearbeitungsstand begründet das Aufstocken der für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden Personalkapazität. Aufgrund der Haushaltssituation können Stellenschaffungen generell nur in dem Umfang geschaffen werden, in dem eine Deckung vorliegt. Von daher wird die Schaffung einer Stelle in VGr. VIb begutachtet.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat II**
Dienststelle **Stadtkasse**
Ifd. Nr. **8**
Tätigkeitsbereich **Stammdatenverwaltung**

	Stellen- -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Verwaltungsfachkraft	Vc	92.600 €	46.300 €	46.300 €
Vorschlag:	1,00	Verwaltungsfachkraft	Vc	46.300 €	46.300 €	0 €

Anmerkungen Stellenvermerke Deckungshinweise
Teildeckung aus Einsparungen aufgrund organisatorischer Änderungen bei St verbunden mit Stelleneinzügen und WAS-Reduzierungen (POA vom 13.09.2005); restl. Finanzierung aus dem Budget von Ka

Begründung der Dienststelle:
Die Stammdatenverwaltung ist Basis und Ausgangspunkt aller in SAP zu buchenden Vorgänge. Bei z.B. fehlerhafter Sachbearbeitung auf dem Gebiet der Abtretungen, Pfändungen oder Insolvenzen kann die Stadt Nürnberg regresspflichtig gemacht werden. Die Sachbearbeitung stellt sich dabei als zeitaufwendig und anspruchsvoll dar. Die angespannte wirtschaftliche Lage führt zu einem Ansteigen der Fallzahlen. Bisher wurden 16.000 Kreditorenstammsätze angelegt. Die von den Dienststellen anzulegenden (bisher 12.000) Debitorenstammsätze sind zu überprüfen und müssen häufig überarbeitet werden. Insgesamt ist daher die zur Verfügung stehende Personalkapazität nicht ausreichend.

Stellungnahme:
Die Stammdatenverwaltung stellt eine zentrale Aufgabe im Rahmen der SAP-Buchungsvorgänge dar. Die Pflege der Stammdaten muss zum einen ordnungsgemäß, zum anderen zeitnah erfolgen. Die derzeit zur Verfügung stehende Personalkapazität reicht hierfür nicht aus und muss aufgestockt werden. In der Vergangenheit war hierfür bereits überplanmäßige Kapazität bereitgestellt worden. Eine dauerhafte Stellenschaffung kann jedoch nur im Umfang der zur Verfügung stehenden Gegenfinanzierung für eine Vc-Stelle erfolgen.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**

Dienststelle **Referat IV**

lfd. Nr. **9**

Tätigkeitsbereich **Büchergeld**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vb/IVb	52.450 €	52.450 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vb/IVb	52.600 €	52.600 €	0 €
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vb/IVb	52.450 €	52.450 €	0 €
Vorschlag:	0,75	Verwaltungsfachkraft	Vlb	32.175 €	32.175 €	0 €

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Fortsetzung: Referat IV/Referat IV; lfd. Nr. 9; Büchergeld

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

gedeckt durch Zuschuss des Staates

Begründung der
Dienststelle:

Änderung des Abschnitts IV des BaySchFG zum Schuljahr 2005/06: Das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand wird dahingehend geändert, dass eine Elternbeteiligung je Schüler und Schuljahr eingeführt wird. Diese Elternbeteiligung entfällt bei sozialer Bedürftigkeit. Staat und Kommunen leisten bei öffentlichen Schulen in Ergänzung zu der Elternbeteiligung einen Zuschuss für die Beschaffung von Schulbüchern. Im Bereich der beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg sind jährlich ca. 25.000 Schüler von der Gesetzesänderung betroffen. Der zum Vollzug der neuen gesetzlichen Regelung entstehende Verwaltungsaufwand erfordert die Schaffung der beantragten Vollzeitstelle.

Stellungnahme:

Es handelt sich um eine Aktion am Schuljahresbeginn, also um saisonale Tätigkeiten. Das vom Staat durch das Schulfinanzierungsgesetz vorgegebene Verfahren sieht nach der ersten Vereinnahmung der Beträge durch die Schulen eine Weiterbearbeitung durch den Schulaufwandsträger vor, dem dann auch die inhaltlichen Prüfungen, die Erstellung von Kostenbescheiden sowie die zwangsweise Beitreibung obliegen. Es ist davon auszugehen, dass der saisonale Arbeitsanfall unterschiedlich ist, sich insbesondere auf den Anfang des Schuljahres konzentriert und hier die einer Stelle zugrunde zu legenden durchschnittlichen WAS übersteigt, dann aber abfällt. Auf das Jahr bezogen wird kalkulatorisch zunächst ein Bedarf an Stellenkapazitäten von einer 3/4 Stelle der VGr. VIb (wie für die beruflichen Schulen) und (zunächst) einer ganzen Stelle der BGr. A9/10 bzw. VGr. Vb/IVb zugrunde gelegt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das vom Staat vorgegebene Verfahren aufzubauen, zu evaluieren und fortzuschreiben ist. Bei einem tariflichen Stellenwert von VGr. VI b (jährliche Kosten für eine solche Stelle: 42.900 €) ergibt sich dann ein Kostenumfang von 32.175 €, bei der Stelle der VGr. Vb/IVb von 52.600 €. Nach Aufbau und Konsolidierung des Verfahrens soll der Umfang der Stellenkapazität überprüft werden; die Stellen werden somit zusätzlich mit einem Stellenvermerk "ku" ausgestattet.

Vom Staat werden zwar die bisherigen Zuschüsse für die Bücherbeschaffung eingestellt, dafür wird ein Pro-Kopf-Zuschuss von 4 €/Schüler gewährt; insgesamt sind dies ca. 270.000 €. Mit dieser Summe können auch die kalkulatorischen Gesamtkosten der Maßnahme, incl. der beruflichen Schulen, in Höhe von 116.950 € (s. Stellungsschaffungsantrag für SchB) finanziert werden.

Das Büchergeld in Höhe von 20 bis 40 € pro Schüler steht somit uneingeschränkt den Schulen zur Verfügung.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
Dienststelle **Amt für berufliche Schulen**
Ifd. Nr. **10**
Tätigkeitsbereich **Büchergeld**

Stellen- -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt: 1,00	Sachbearbeiter/in	Vb/IVb	52.450 €	52.450 €	0 €
Vorschlag: 0,75	Verwaltungsfachkraft	VIb	32.175 €	32.175 €	0 €

Anmerkungen **gedeckt durch Zuschuss des Staates**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Änderung des Abschnitts IV des BaySchFG zum Schuljahr 2005/06: Das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand wird dahingehend geändert, dass eine Elternbeteiligung je Schüler und Schuljahr eingeführt wird. Diese Elternbeteiligung entfällt bei sozialer Bedürftigkeit. Staat und Kommunen leisten bei öffentlichen Schulen in Ergänzung zu der Elternbeteiligung einen Zuschuss für die Beschaffung von Schulbüchern. Im Bereich der beruflichen Schulen der Stadt Nürnberg sind jährlich ca. 25.000 Schüler von der Gesetzesänderung betroffen. Der zum Vollzug der neuen gesetzlichen Regelung entstehende Verwaltungsaufwand erfordert die Schaffung der beantragten Vollzeitstelle.**

Stellungnahme: **Es handelt sich um eine Aktion am Schuljahresbeginn, also um saisonale Tätigkeiten. Das vom Staat durch das Schulfinanzierungsgesetz vorgegebene Verfahren sieht nach der ersten Vereinnahmung der Beträge durch die Schulen eine Weiterbearbeitung durch den Schulaufwandsträger vor, dem dann auch die inhaltlichen Prüfungen, die Erstellung von Kostenbescheiden sowie die zwangsweise Beitreibung obliegen. Es ist davon auszugehen, dass der saisonale Arbeitsanfall unterschiedlich ist, sich insbesondere auf den Anfang des Schuljahres konzentriert und hier die einer Stelle zugrunde zu legenden durchschnittlichen WAS übersteigt, dann aber abfällt. Auf das Jahr bezogen wird kalkulatorisch zunächst ein Bedarf an Stellenkapazitäten von einer 3/4 Stelle zugrundegelegt. Bei einem tariflichen Stellenwert von VGr. VI b (jährliche Kosten für eine solche Stelle 42.900 €) ergibt sich dann ein Kostenumfang von 32.175 €. Nach Aufbau und Konsolidierung des Verfahrens soll der Umfang der Stellenkapazität überprüft werden; die Stelle wird somit zusätzlich mit einem Stellenvermerk "ku" ausgestattet.**
Vom Staat werden zwar die bisherigen Zuschüsse für die Bücherbeschaffung eingestellt, dafür wird ein Pro-Kopf-Zuschuss von 4 €/Schüler gewährt; insgesamt sind dies ca. 270.000 €. Mit dieser Summe können auch die kalkulatorischen Gesamtkosten der Maßnahme, incl. der allgemeinbildenden Schulen, in Höhe von 116.950 € (s. Stellungsschaffungsantrag für Ref. IV) finanziert werden.
Das Büchergeld in Höhe von 20 bis 40 € pro Schüler steht somit uneingeschränkt den Schulen zur Verfügung.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**

Dienststelle **Adam-Kraft-Realschule**

lfd. Nr. **11**

Tätigkeitsbereich **Lehrkräfte**

Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt: 4,80	Lehrkraft	A 13H	371.040 €	0 €	371.040 €
Vorschlag: 0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Der Ministerialbeauftragte für die Realschulen in Mittelfranken hat anlässlich seiner Visitation an der Adam-Kraft-Realschule bei der abschließenden Dienstbesprechung am 11.01.2005 festgestellt, dass trotz umfänglicher Bemühungen der Schule im Bereich der Schulentwicklung die herkömmlichen pädagogischen Mittel für eine Leistungsanhebung weitgehend ausgeschöpft sind und eine weitere Qualitätsverbesserung angesichts des schwierigen sozialen Umfeldes nur über eine Veränderung der Struktur möglich ist. Er empfahl dringend die Einführung eines verbindlichen Ganztagesbetriebes für die unteren Jahrgangsstufen. Nach Aussage des Ministerialbeauftragten finden an der AKR die meisten Disziplinarausschusssitzungen in Mittelfranken statt. Zurückzuführen ist das auf von außen mitgebrachte Verhaltensauffälligkeiten oder/und schulische Überforderung. Eine Umfrage an der Schule im Jahr 2003 hat ergeben, dass 80% der Kinder in der 5. und 6. Jahrgangsstufe tagsüber allein zu Hause sind. Sie erhalten also keine Unterstützung beim schulischen Lernen. Die PISA-Studie zeigt, dass in Deutschland die soziale Herkunft eine wesentlich größere Rolle für den Erwerb des Schulabschlusses spielt als in allen anderen Ländern. Gerade daraus leitet sich der Anspruch auf mehr Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher an weiterführenden Schulen ab. Diese zusätzliche Förderung kann eine Halbtageschule nicht leisten.**
Der Beschluss des Schulausschusses vom 21. 07. 2005 sieht vor, dass die Verwaltung Vorplanungen für einen verpflichtenden Ganztagesbetrieb der Klassenstufen 5 bis 7 an AKR durchführen soll. Dabei würde die AKR im Schuljahr 2006/07 den Ganztagesbetrieb in der Klasse 5 aufnehmen und diesen in den beiden folgenden Jahren auf die Klasse 6 und dann 7 ausdehnen. Der Bedarf liegt dann für die drei Parallelklassen bei im Schuljahr 2006/07: 1,6 Stellen; im Schuljahr 2007/08: 3,2 Stellen; im Schuljahr 2008/09: 4,8 Stellen; weitere Schuljahre: 4,8 Stellen.

Stellungnahme: **Der Schulausschuss hat am 21.07.2005 (TOP 5) einer Überleitung der AKR in eine Ganztageschule für die Jahrgangsstufen 5 bis 7 grundsätzlich zugestimmt. Der Stellenbedarf für das vom Schulausschuss beschlossene Konzept läge bei zusätzlichen 4,8 Stellen für Realschullehrkräfte (371.040 Euro) und 2 Stellen für Sozialpädagogen (111.800) Euro. Damit ergäbe sich insgesamt ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf in Höhe von 482.840 Euro. Ob der Freistaat Bayern die Überleitung der AKR in eine Ganztageschule bezuschusst, ist noch nicht geklärt. Da für die beantragten Stellen keine Deckung vorhanden ist, können die Schaffungen nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat IV**
 Dienststelle **Adam-Kraft-Realschule**
 lfd. Nr. **12**
 Tätigkeitsbereich **Schulsozialpädagogen**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Schulsozialpädagoge/in	IVb	111.800 €	0 €	111.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

Begründung der Dienststelle: **Vergleiche Begründung zur Schaffung von 4,8 Lehrerstellen an AKR. Der Bedarf für 2 Stellen für Schulsozialpädagogen begründet sich in der Notwendigkeit zur sozialen und interkulturellen Gruppenarbeit, für besondere Fördermaßnahmen, Beratungsarbeit und Mitarbeit im Schulleben. Der Bedarf läge für die drei Parallelklassen bei: im Schuljahr 2006/07: 0,75 Stellen; im Schuljahr 2007/08: 1,5 Stellen; im Schuljahr 2008/09: 2 Stellen; weitere Schuljahre: 2 Stellen.**

Stellungnahme: **Der Schulausschuss hat am 21.07.2005 (TOP 5) einer Überleitung der AKR in eine Ganztagesesschule für die Jahrgangsstufen 5 bis 7 grundsätzlich zugestimmt. Der Stellenbedarf für das vom Schulausschuss beschlossene Konzept läge bei zusätzlichen 4,8 Stellen für Realschullehrkräfte (371.040 Euro) und 2 Stellen für Sozialpädagogen (111.800 Euro). Damit ergäbe sich insgesamt ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf in Höhe von 482.840 Euro. Ob der Freistaat Bayern die Überleitung der AKR in eine Ganztagesesschule bezuschusst, ist noch nicht geklärt. Da daher keine Deckung für die beantragten Stellenschaffungen vorliegt, können diese nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**
Dienststelle **Jugendamt**
Ifd. Nr. **13**
Tätigkeitsbereich **Kinder- und Jugendarbeit**

Stellen- -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt: 1,00	Sozialpädagoge/in	IVb	55.900 €	0 €	55.900 €
Vorschlag: 0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Der Bedarf für eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wurde bereits im Rahmenplan Jugendhilfe (1990) festgestellt. Im Stadtteilkonzept KIDS (1999 im JHA mit Handlungsempfehlung verabschiedet) wurde durch die überwältigende Mehrheit der Experten des Stadtteils der Bedarf erneut bestätigt. Es erfolgte eine Anmeldung im MIP (gelbe Liste). Der Standort für ein Kinder- und Jugendhaus ist planungsrechtlich gesichert. Im Rahmen der Bürgerversammlung vom 17.03.05 haben Jugendliche aus der Gartenstadt den Bedarf für eine Jugendfreizeiteinrichtung nochmals deutlich artikuliert. Die Mobile Jugendarbeit des Jugendamtes hat einmal wöchentlich einen Einsatz mit dem Doppelstockbus, um den immensen Bedarf zumindest teilweise aufzufangen.**

Stellungnahme: **Bislang ist die Einrichtung, für die bereits jetzt eine Leitungsstelle beantragt wird, noch im Planungsstadium. Der Bedarf sollte weiterhin durch die enge Kooperation zwischen den freien Trägern vor Ort, den Streetworkern des J sowie den verschiedenen Angeboten der Mobilen Jugendarbeit gedeckt werden. Eine Deckung für die beantragte Stelle wird nicht angeboten. Die Stellenschaffung kann daher nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**

Dienststelle **Jugendamt**

lfd. Nr. **14**

Tätigkeitsbereich **Aktivspielplätze, Archäologischer Spielplatz Rehhof**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Erzieher/in	Vc/Vb	50.350 €	0 €	50.350 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Als Grundausstattung für Aktivspielplätze und vergleichbare Einrichtungen sind von der Verwaltung des Jugendamtes, dem Jugendhilfeausschuss und den Trägervereinen zwei Planstellen mit jeweils 38,5 Wochenarbeitsstunden als Standard vorgesehen. Der Archäologische Spielplatz wurde 2003 eröffnet und ist bisher lediglich mit der Leiterstelle ausgestattet. Die bisherigen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass das Angebot von den Kindern und Jugendlichen sehr gut angenommen wird und nicht von einem Mitarbeiter abgedeckt werden kann.**

Stellungnahme: **Betrieb und Qualität des archäologischen Spielplatzes sind durch die zum Haushalt 2004 geschaffene Stelle „Sozialpädagoge/in“ sichergestellt. Die Finanzierung erfolgt laufend aus dem Gesamthaushalt. Der Hinweis auf die „Standardausstattung mit 2 Stellen“ kann in dem Zusammenhang nicht greifen, da die Spielplätze freier Träger nur mit einer Kraft gefördert werden. Nachdem keine Deckung angeboten wird, kann der Stellenschaffungsantrag nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**

Dienststelle **Jugendamt**

lfd. Nr. **15**

Tätigkeitsbereich **Kinderhorte**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	8,00	Erzieher/in	VIb/Vc	356.800 €	192.000 €	164.800 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **Teildeckung durch Nutzungszeitzuschüsse**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Der JHA begutachtete in der Sitzung am 02.06.05 die Erweiterung des Platzangebotes im Hort Heroldsberger Weg um 15 Plätze ohne baulichen Aufwand ab September 2005. Er begutachtete außerdem, dass in Horten, wo ebenfalls die Nachfrage eine Erweiterung des Platzangebotes notwendig macht und dies ohne investiven Aufwand möglich ist, zusätzliche Hortplätze zum Betriebsbeginn 2005 /2006 geschaffen werden. Das Jugendamt legte eine Liste von acht Horten vor, die diesen Kriterien entsprechen. Pro Hort wird eine Stelle Erzieher/in beantragt.**

Stellungnahme: **So sollte geprüft werden, inwieweit z.B. durch weitere Reduzierung der Hortöffnungszeiten oder auch durch die Verschiebung von Kapazitäten aus Bereichen, in denen der Bedarf ggf. weniger dringlich erscheint, Potenziale vorhanden sind. Weiterhin sollte geprüft werden, welches Angebot dem Bedarf von Eltern entspricht. So ist z.B. in Abstimmung mit Ref. IV abzuklären, ob vorhandene Bedarfe z.B. auch über eine ausgeweitete Mittagsbetreuung (wirtschaftlicher) gedeckt werden können. Die Anträge auf Stellenschaffung können daher nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**

Dienststelle **Jugendamt**

lfd. Nr. **16**

Tätigkeitsbereich **Ausbildungsförderung**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	A8	46.300 €	0 €	46.300 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Aufgrund der Reform der Ausbildungsförderung zum 01.04.2001 und der Anspruchserweiterung bei der Aufstiegsfortbildungsförderung (Meister-BaföG) zum 01.01.2002 ist eine Erhöhung der Zahl der Antragstellungen im Jahr 2004 gegenüber dem Durchschnittswert der Jahre 1997 bis 2000 in Höhe von 49 % eingetreten. Der Orientierungswert des Bayerischen Obersten Rechnungshofes von 561 Fällen pro Sachbearbeiter entspricht nicht den Erfordernissen eines Großstadtamtes. Vielmehr ist die für Studentenwerke seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst (jetzt Wissenschaft, Forschung und Kunst) vom 29.04.1994 (I/4-S1173-5/64 196) bekanntgegebene Messzahl von 520 Antragsfällen pro Sachbearbeiterstelle zugrunde zu legen.**

Stellungnahme: **Nach der zitierten Vollzugsmitteilung kann für je volle 3000 Anträge eine Gruppenleiterstelle eingerichtet werden. Unter Anlegung des Personalschlüssels von 520 Anträgen / Stelle umfasst die Leitungsspanne dann rd. 5,8 Stellen. In Nürnberg liegt die Leitungsspanne im Bereich der Ausbildungsförderung bei drei Stellen, so dass eine Gruppenleitung nicht erforderlich ist, sondern in die Sachbearbeitung integriert werden kann. In den Jahren 2001 bis 2003 lag das Antragsvolumen bei durchschnittlich 2358 Anträgen oder 589 Fällen pro Sachbearbeiter inkl. Gruppenleitung. Im Vergleich zu 2003 sind die Antragszahlen im Jahr 2004 um nochmals rd. 4,1 % auf 2720 gestiegen. Seit Januar 2004 wird das Team durch eine seitens J finanzierte überplanmäßige Kraft unterstützt, so dass auf fünf Sachbearbeiter/innen nunmehr durchschnittlich 544 Anträge entfallen. Eine systematische Personalbemessung wird im Laufe des Jahres 2006 seitens OrgA durchgeführt. Diese sollte abgewartet werden, zumal die Dienststelle keine Deckung anbieten kann.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat V**

Dienststelle **Jugendamt**

lfd. Nr. **17**

Tätigkeitsbereich **Unterhaltungsvorschußgesetz**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	Vc	46.300 €	46.300 €	0 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

Begründung der Dienststelle: **Zum Haushalt 2003 wurden im Rahmen einer Zielvereinbarung 3 Stellen befristet bis 2005 zur Erhebung von Einnahmen nach dem SGB VIII und dem UVG geschaffen. Es wurde in der Vereinbarung festgeschrieben, dass bei Bedarf (Rückstände UVG) zum Haushalt 2005 eine weitere befristete Stelle zur Schaffung vorgeschlagen wird. Voraussetzung war, dass die Finanzziele im ersten und zweiten Jahr erreicht werden und im dritten Jahr absehbar erreicht werden. Für 2005 erfolgte keine Antragstellung, da die Erreichbarkeit der Zielvereinbarung noch nicht belegbar war. Bereits im Bericht 2004 zur Zielvereinbarung vom 12.04.05 wurde darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse im UVG-Bereich durch die Verfahrenszuständigkeit der Oberfinanzdirektion zeitversetzt einsetzen. Es ist jedoch für 2006 zu erwarten, dass die Rückstände weiter abgebaut werden und die Rückholquote weiter steigen wird. Die in der Zielvereinbarung aufgenommene organisatorische Lösung einer zeitgemäßen DV-Unterstützung und damit verbunden die komplexe Umstellung auf ein neues EDV-Verfahren erfolgt derzeit. Ein reibungsloser Einsatz ist jedoch nicht vor Mitte 2006 zu erwarten. Aufgrund der positiven Entwicklung im UVG-Bereich ist die Schaffung einer weiteren Stelle bis Ende 2006 erforderlich.**

Stellungnahme: **Als Finanzziel für das UVG legt die Zielvereinbarung mit dem Jugendamt einvernehmlich eine Hebung der Rückholquote für 2004 auf 24 % fest. Tatsächlich unterschreitet die Rückholquote mit 16,9 % deutlich das gesteckte Ziel und konnte darüber hinaus gegenüber 2003 nicht gesteigert werden. Der Vergleich von UVG-Ausgaben und Einnahmen für 2003 und 2004 zeigt, dass die Ausgaben und Einnahmen steigen, die Ausgaben jedoch stärker, als die Einnahmen. Der überproportionale Anstieg der Ausgaben führte dazu, dass die Rückholquote im Vergleich zwischen 2003 und 2004 stagniert: 2003 lagen die UVG-Ausgaben insgesamt bei 5.350.750 €, die Einnahmen bei 904.050 €. Im Jahr 2004 betragen die Ausgaben 5.747.200 €, die Einnahmen 971.000 €. Die Quote betrug damit in beiden Fällen 16,9 %.**

Die erforderliche Erhöhung der Personalkapazität in diesem Bereich ist durch interne Umschichtungen möglich und wird im Rahmen der aktuellen Planung zur Umorganisation mit berücksichtigt. Eine darüber hinausgehende Erhöhung von Kapazitäten ist aus Sicht von OrgA nicht erforderlich. Die angebotene Deckung kann nicht bestätigt werden. Der Antrag auf Stellenschaffung wird nicht begutachtet.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Bauverwaltungs- und Vergabeamt**

lfd. Nr. **18**

Tätigkeitsbereich **Begutachtung und Prüfung von Vergaben**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Sachbearbeiter/in	III/II	76.000 €	20.000 €	56.000 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen Stellenvermerke Deckungshinweise **Teildeckung über Verrechnung der Vergabekosten**

Begründung der Dienststelle: **Die Anzahl der Vergaben, die Höhe der Nachträge und Sonderprobleme haben erheblich zugenommen; die Auswirkungen von Rechtsprechung und Nachtragsmanagement der Firmen führen zu Mehraufwand.**

Stellungnahme: **Zwar zeigt lt. BAV ein Vergleich der 1. Halbjahre von 2001 bis 2005 eine leichte Steigerung der Anzahl der Vergaben und Aufhebungen von Vergaben, aber der Vergleich der Gesamtjahre 2001 bis 2005 zeigt eindeutig eine rückläufige Tendenz bei Anzahl der Vergaben und Vergabesummen (2001: 2155 Vergaben mit 318,86 Mio €, 2004: 1915 Vergaben mit 125,87 Mio €). Mit dieser Begründung hat BAV bei den Sparvorschlägen 2004 eine Stundenreduzierung für Submissionen und Vergabebearbeitung in der Vergabeabteilung vorgeschlagen. Auch wenn ein Teil der Kosten über interne Kostenverrechnung gedeckt werden kann, kann eine dauerhafte Stellenschaffung in diesem Bereich deshalb nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
Dienststelle **Bauverwaltungs- und Vergabeamt**
Ifd. Nr. **19**
Tätigkeitsbereich **Haushalt, Zuwendungen, Schäden**

	Stellen- -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Sachbearbeiter/in	IVb	27.950 €	0 €	27.950 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Gestiegene Anzahl der Insolvenzverfahren bei im Bauwesen tätigen Handwerks- und mittelständischen Betrieben.**

Stellungnahme: **Die Anzahl der Insolvenzverfahren im Bauhandwerkerbereich hat sich erhöht. Während in den Jahren 2000 bis 2002 im Schnitt 20 bis 25 Verfahren zu bearbeiten waren, stieg die Zahl 2003 auf 50 und 2004 auf 60. Ob zwangsläufig von einem dauerhaften Einpendeln auf diesem Niveau auszugehen ist, bleibt abzuwarten. Hinzu kommt, dass i.R. der Haushaltskonsolidierung 2005 die Auflösung der Dienststelle BAV beschlossen wurde und die konkrete Umsetzung dieses Beschlusses mit der Dezentralisierung der Abteilung BAV/2 (Haushalt, Zuwendungen, Schäden) noch in diesem Jahr vorbereitet wird. Dabei wird auch zu entscheiden sein, wo die Aufgaben dieser Abteilung zukünftig wahrgenommen werden und welche Personalkapazität für die Aufgabenerfüllung zukünftig notwendig sein wird. Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass keine Deckung vorgelegt werden kann, kann die Stellenschaffung nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Stadtplanungsamt**

lfd. Nr. **20**

Tätigkeitsbereich **Ausbau des Frankenschnellweges - Städtebauliche Planung**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IVa/III	67.850 €		
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **In der gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Stadtplanungsausschusses am 24.02.2005 wurde beschlossen, dass gemäss der Empfehlung des Gutachters Dr. Brenner und Münnich die Entwurfsplanung für den Frankenschnellweg im Abschnitt Mitte zwischen Wolgemutstrasse und Sandreuthbrücke mit überdeckelten vierstreifigen Querschnitt des Frankenschnellwegs und zusammengelegten Fahrbahnen sowie einer neuen Verbindungstrasse zur Innenstadt über das Kohlenhofgelände zu entwickeln und zeitnah vorzulegen ist. Bereits im Jahr 2000 wurde vom Verkehrsausschuss der Ausbau des FSW im Westabschnitt zwischen Stadtgrenze Fürth und Jansenbrücke mit einer zusätzlichen Fahrspur und aufwändigen Lärmschutzwänden beschlossen. Für das Gesamtprojekt ist ein Volumen von 148 Mio € vorgesehen. Die Planungsphase wird bis zur Genehmigung (B-Plan, Planfeststellung, Zuwendungsantrag) ca. 3 Jahre betragen; für die anschließende Bauphase ist mit 10 Jahren zu rechnen.**

Stellungnahme: **Städtebauliche Planungen sind bereits begleitend erfolgt. Es wird davon ausgegangen, dass Stpl die konkret verbleibenden Aufgaben im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten leisten kann.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Verkehrsplanungsamt**

lfd. Nr. **21**

Tätigkeitsbereich **Generalverkehrsplanung, Projekt ORINOKO**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Bauingenieur/in	IVa/III	33.925 €	33.925 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Bauingenieur/in	IVa/III	33.925 €	33.925 €	0 €
beantragt:	1,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/in	IIH	77.300 €	77.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/in	IIH	77.300 €	77.300 €	0 €

Anmerkungen **Deckung durch Drittmittel; F 12/07**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat seit 1998 rund 80 Mio Euro für die Förderung von Mobilitätsprojekten investiert. Durch Förderprojekte ergibt sich für die beteiligten Kommunen die Chance, neben spezifischen Lösungen für lokale Problemfelder Imagegewinn und Förderung regionaler Kompetenz im Verkehrsmanagement zu erhalten. Die "Verkehrsinitiative Neuer Adler (CNA)" hat 2003 die Federführung für die Erstellung einer Projektskizze mit Vertretern aus Forschung und Industrie übernommen und die Stadt Nürnberg um Beteiligung an dem Projekt gebeten. Die Projektskizze wurde in Abstimmung mit dem Verkehrsplanungsamt erstellt und vom Baureferat als Bewerber beim BMBF unter dem Namen "ORINOKO" ("Operative Regionale Integrierte und Optimierte Korridorsteuerung") vorgelegt. Ein wesentliches Kriterium für den Zuschlag Nürnbergs war, dass die Projektsteuerung von der Stadt (Verkehrsplanungsamt) selbst übernommen wird und hierdurch praxisorientierte anwendbare Ergebnisse erwartet werden. Ein ausführlicher Bericht und ein Beschluss erfolgten im AfV am 22.07.2004.**

Stellungnahme: **Durch das Projekt ergeben sich als positive Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung/das Dienstleistungsangebot der Dienststelle u.a. folgende Aspekte :
Optimierung der Qualitätssicherung in der Signaltechnik sowie bei der Entwicklung von Steuerungsalgorithmen im Verkehrsleitsystem, Erfahrung mit kostengünstigen Alternativen zur Erfassung der Verkehrsströme in Nürnberg, Bereitstellung einer flächendeckenden Verkehrszustandsanalyse, Sammeln von Erfahrungen über den Umgang und die Wirkung von Verkehrsinformationssystemen.
Die Stellenschaffungen werden über Projektmittel gedeckt. Die Stellen erhalten entsprechend der Projektlaufzeit einen Fristvermerk 12/07.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Verkehrsplanungsamt**

lfd. Nr. **22**

Tätigkeitsbereich **Ausbau des Frankenschnellweges - Straßenplanung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IVa/III	67.850 €	0 €	67.850 €
Vorschlag:	0,50	Bauingenieur/in	IVa/III	33.925 €	33.925 €	0 €

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Deckung i.H.v. 50 % durch Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freierwerdende Stellen(anteile) sowie 50% über MIP-Mittel; F 12/08

Begründung der
Dienststelle:

In der gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Stadtplanungsausschusses am 24.02.2005 wurde beschlossen, dass gemäss der Empfehlung des Gutachters die Entwurfsplanung für den Frankenschnellweg im Abschnitt Mitte zwischen Wolgemutstrasse und Sandreuthbrücke mit überdeckeltem vierstreifigem Querschnitt des Frankenschnellweges und zusammengelegten Fahrbahnen sowie einer neuen Verbindungsstrasse zur Innenstadt über das Kohlenhofgelände zu entwickeln und zeitnah vorzulegen ist.

Bereits im Jahr 2000 wurde vom Verkehrsausschuss der Ausbau des FSW im Westabschnitt zwischen Stadtgrenze Fürth und Jansenbrücke mit einer zusätzlichen Fahrspur und aufwändigen Lärmschutzwänden beschlossen. Für das Gesamtprojekt ist ein Volumen von 148 Mio € vorgesehen. Die Planungsphase wird bis zur Genehmigung (B-Plan, Planfeststellung, Zuwendungsantrag) ca. 3 Jahre betragen; für die anschließende Bauphase ist mit 10 Jahren zu rechnen.

Stellungnahme:

Im Entwurf für den MIP 2006 bis 2009 sind bis einschließlich 2008 Planungskosten für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellweges vorgesehen. Ein Projekt in dieser Größenordnung (Gesamtkosten = 148 Mio €), dieser Komplexität und mit dieser zeitlichen Brisanz kann nicht neben dem normalen Tagesgeschäft erledigt werden.

Nach derzeitigem Stand ist mit dem Abschluss der Vorplanung im September 2005 zu rechnen. An diese Phase schließen sich die arbeits- und damit personalintensiven Phasen wie Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung, Ausschreibungen und Vergaben an. Die schon bisher von der Dienststelle geleisteten Arbeiten für die Grundlagen- und Vorplanung konnten bisher noch durch interne Prioritätenverschiebungen mit vorhandenem Personal abgedeckt werden.

Um den Fortschritt des Projekts nicht zu gefährden, wird für Vpl die Schaffung von einer halben bis 12.08 befristeten Bauingenieurstelle, VGr. IVa/III, vorgeschlagen. Eine Teilfinanzierung der Stelle in Höhe von 50% der Kosten wird durch den Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freierwerdende Stellen(anteile) von der Dienststelle erbracht. Die restlichen Kosten werden über MIP-Mittel gedeckt.

Für die Dauer des begutachteten Zeitraums ist von Vpl eine mit OrgA abgestimmte Dokumentation über die Auslastung aller am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen zu erstellen.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Hochbauamt**

lfd. Nr. **23**

Tätigkeitsbereich **Fachbereich Denkmalschutz**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	IVa/III	67.850 €	0 €	67.850 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Verwaltungskraft	VIII/VII	35.950 €	0 €	35.950 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Bautechniker/in	Vbm	54.400 €	0 €	54.400 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Die Anträge werden wie folgt begründet: - Stadtratsbeschluss vom 26.11.1991 (Eingliederung der Unteren Denkmalschutzbehörde in die BoB) Anstieg der Fallzahlen für Erlaubnisbescheide durch die Novellierung der BayBO (26.Juli 1997)**

Stellungnahme: **Im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege wurden mit Haushaltskonsolidierungsbeschluss vom 26.11.91 Nr. 66 durch Aufgaben- und Stellenkonzentration des Denkmalschutzes drei Stellen zum Einzug vorgeschlagen. Es wurde die Abteilungsleiterstelle (A15), eine Bautechnikerstelle (VIb/Vc) und eine Verwaltungskraftstelle (VII/VIb) eingezogen. Der damalige Beschluss hatte zur Überlegung, das Sachgebiet Denkmalschutz einer bestehenden Abteilung der BoB zuzuordnen. Vor der endgültigen Zuordnung der Abteilung sagte H mit Schreiben vom 25.08.97 zu, dass bei einem Verbleib dieser Abteilung bei H der Haushaltskonsolidierungsbetrag nicht tangiert werde. Zwischenzeitlich wurde die Abteilungsleiterstelle (A15) gegen Einzug einer Bauingenieurstelle (A11) wieder geschaffen. Weiterhin wurde eine Bauingenieurstelle in eine Sachbearbeiterstelle umgewandelt, die u.a. archäologische Aufgaben wahrnimmt. Grundsätzlich widerspricht es dem Ziel der Haushaltskonsolidierung, Stellen zum Einzug anzubieten, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu schaffen. Die Stellen werden - auch wegen fehlender Deckung - nicht zur Schaffung vorgeschlagen.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**
Dienststelle **Tiefbauamt**
Ifd. Nr. **24**
Tätigkeitsbereich **Straßenbau Nordost**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	0,50	Bautechniker/in	VbM	27.200 €	27.200 €	0 €
Vorschlag:	0,50	Bautechniker/in	Vc/Vb	25.175 €	25.175 €	0 €

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise **Deckung durch Einsparungen und Personalkostenerstattung**

Begründung der
Dienststelle: **Die Stadt Nürnberg ist verpflichtet, bei Verwurzelung privater Kanäle durch städtischen Bewuchs Schadensersatz zu leisten. Die entsprechenden Ansprüche werden bei GBA geltend gemacht. Zur Sanierung der Schäden nimmt T gutachtlich Stellung und meldet die hieraus resultierenden Kosten über RA an die Bayerische Versicherungskammer zur Erstattung.**

Stellungnahme: **Die aus den gutachtlichen Stellungnahmen entstehenden Personalkosten werden T durch die Bayerische Versicherungskammer erstattet. Zudem kann aufgrund der gutachtlichen Tätigkeit von T auch der Eigenanteil der städtischen Entschädigung reduziert werden.
Daher kann die Schaffung einer halben Bautechniker/instelle in VGr. Vc/Vb gegen die vorgeschlagene Deckung begutachtet werden**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Tiefbauamt**

lfd. Nr. **25**

Tätigkeitsbereich **Werkbetrieb und Baustoffbeschaffung**

	Stellen -zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	Vb/IVa	56.750 €	56.750 €	0 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Städtische Grundstücksan- und -verkäufe sowie Grundstücksvermietungen für die Durchführung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen erfordern immer eine Klärung der Altlasten- und Abfallproblematik. Dabei sind nicht nur die Fallzahlen gestiegen sondern auch die entsprechenden rechtlichen Vorgaben wurden verschärft und ausgeweitet, was zu einem hohen Zeitaufwand pro Maßnahme führt.**

Stellungnahme: **Die Problematik der Altlasten auf Grundstücken hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Materie erfordert ein komplexes Rechts- und Bauingenieurwissen. Es ist durchaus sinnvoll und wirtschaftlich, die diesbezügliche Fachkompetenz an einer zentralen Stelle zu bündeln, die die Altlastenuntersuchungen, Altlastenbeseitigung und -entsorgung koordiniert. Aus diesem Grund wurde bereits zum Haushalt 2003 eine entsprechende Stelle (Nr. 650.4725), zunächst befristet für ein Jahr, geschaffen, deren Verlängerung bis 12.06 zum Haushalt 2004 beschlossen wurde. Dies geschah auch im Hinblick auf die gestiegenen Fallzahlen. Die Finanzierung und Weiterführung dieser Stelle ist mit Ablauf der Befristung im nächsten Jahr zu überprüfen. In diesem Zusammenhang sollte eine grundsätzliche Überprüfung der Fallzahlen und Kapazitäten für diese Aufgabe erfolgen.
Zudem kann der von der Dienststelle angebotene Deckungsvorschlag ' Leistungsverrechnung an die städt. Leistungsempfänger (LA, H, GBA...) ' nicht anerkannt werden, da er gesamtstädtisch nicht ergebniswirksam wird. Aus diesem Grund kann die Stellenschaffung nicht begutachtet werden.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VI**

Dienststelle **Tiefbauamt**

lfd. Nr. **26**

Tätigkeitsbereich **Ausbau des Frankenschnellweges**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Bauingenieur/in	A13H	77.300 €	77.300 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	II H	77.300 €	77.300 €	0 €
beantragt:	2,00	Bauingenieur/in	IVa/III	135.700 €	135.700 €	0 €
Vorschlag:	1,00	Bauingenieur/in	IVa/III	67.850 €	67.850 €	0 €

Anmerkungen
Stellenvermerke
Deckungshin-
weise

Teildeckung i.H.v. 50 % durch Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freiwerdende Stellen(anteile) sowie 50% über MIP-Mittel; F 12/08

Begründung der
Dienststelle:

In der gemeinsamen Sitzung des Verkehrs- und Stadtplanungsausschusses am 24.02.2005 wurde beschlossen, dass gemäss der Empfehlung des Gutachters die Entwurfsplanung für den Frankenschnellweg im Abschnitt Mitte zwischen Wolgemutstrasse und Sandreuthbrücke mit überdeckeltem vierstreifigem Querschnitt des Frankenschnellwegs und zusammengelegten Fahrbahnen sowie einer neuen Verbindungsstrasse zur Innenstadt über das Kohlenhofgelände zu entwickeln und zeitnah vorzulegen ist.

Bereits im Jahr 2000 wurde vom Verkehrsausschuss der Ausbau des FSW im Westabschnitt zwischen Stadtgrenze Fürth und Jansenbrücke mit einer zusätzlichen Fahrspur und aufwändigen Lärmschutzwänden beschlossen.

Für das Gesamtprojekt ist ein Volumen von 148 Mio € vorgesehen. Die Planungsphase wird bis zur Genehmigung (B-Plan, Planfeststellung, Zuwendungsantrag) ca. 3 Jahre betragen; für die anschließende Bauphase ist mit 10 Jahren zu rechnen.

Stellungnahme:

Im Entwurf für den MIP 2006 bis 2009 sind bis einschließlich 2008 Planungskosten für den Kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs vorgesehen. Ein Projekt dieser Größenordnung (Gesamtkosten = 148 Mio €), dieser Komplexität und mit dieser zeitlichen Brisanz kann nicht neben dem normalen Tagesgeschäft erledigt werden.

Nach derzeitigem Stand ist mit dem Abschluss der Vorplanung im September 2005 zu rechnen. Daran schließen sich die arbeits- und damit personalintensiven Phasen wie Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung, Tragwerksplanung für Ingenieurbauwerke, Erstellung des Zuschussantrags, Ausschreibungen und Vergaben an. Die schon bisher notwendigen Arbeiten für die Grundlagen- und Vorplanung konnten noch durch interne Prioritätenverschiebungen mit vorhandenem Personal abgedeckt werden.

Um den Fortschritt des Projekts nicht zu gefährden, wird für T die Schaffung von zwei bis 12.08 befristeten Bauingenieurstellen, eine in VGr. IVa/III und eine in VGr. II, begutachtet. Eine Teilfinanzierung der Stellen in Höhe von 50% der Kosten wird durch den Verzicht auf Budgetgutschriften für nicht besetzte bzw. freiwerdende Stellen(anteile) durch die Dienststelle erfolgen. Der Restbetrag ist über den MIP finanziert.

Für die Dauer des begutachteten Zeitraums ist von T eine mit OrgA abgestimmte Dokumentation über die Auslastung aller am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen zu erstellen.

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VII**

Dienststelle **Referat VII**

lfd. Nr. **27**

Tätigkeitsbereich **Koordinierungsstelle Metropolregion Nürnberg**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	1,00	Verwaltungsfachkraft	VIb	42.900 €	0 €	42.900 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €
beantragt:	1,00	Leiter/in der Koordinierungsstelle	IIIH	77.300 €	0 €	77.300 €
Vorschlag:	0,00			0 €	0 €	0 €

Anmerkungen **ohne Deckung**
 Stellenvermerke
 Deckungshin-
 weise

Begründung der Dienststelle: **Für die Gesamtkoordination der Metropolregion Nürnberg soll nach Vorstellung des Herrn OBM und Herrn Ref. VII eine Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg als dem Ratsvorsitzenden der MRN und für die Koordinierung der regionalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen mit wirtschaftspolitischen Zielen der Metropolregion im Wirtschaftsreferat eine Koordinierungsstelle für das Forum Wirtschaft und Infrastruktur eingerichtet werden. Die Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister und die Koordinierungsstelle beim Wirtschaftsreferat sollen jeweils mit einer Stelle im wissenschaftlichen Bereich und einer Stelle für allgemeine Verwaltungstätigkeiten ausgestattet werden.**

Stellungnahme: **Die Stadt Nürnberg als Kernstadt der MRN übernimmt laut Geschäftsordnung die zentrale Aufgabe, gemeinsame Aktivitäten anzustoßen und zu koordinieren. Dazu wird eine Geschäftsstelle beim Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg eingerichtet. Nach dem bisher vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung der MRN ist ein Jahresbeitrag im Kern der Metropolregion auf der Basis der Einwohnerzahlen vorgesehen. Derzeit wird ein Betrag von ca. 100.000 € im Jahr 2006 erwartet. Wegen der stufenweisen Einführung der Beitragszahlungen soll sich der Betrag im Jahr 2007 auf rund 200.000 € und ab 2008 auf ca. 300.000 € erhöhen. Da keine Deckung durch den Geschäftsbereich angeboten wird und diese auch durch die erwarteten Beiträge nicht gegeben ist, können die Stellen leider nicht begutachtet werden. Es wird vorgeschlagen, die im Rahmen der MRN für das Wirtschaftsreferat anfallenden Koordinationsaufgaben der regionalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen mit den wirtschaftspolitischen Zielen der Metropolregion zumindest im ersten Jahr durch entsprechende Prioritätensetzung innerhalb des Wirtschaftsreferates mit vorhandenem Personal zu übernehmen.**

Stellenschaffungen zum Haushalt 2006

Stellungnahme von OrgA

Geschäftsbereich **Referat VIII**

Dienststelle **Stadtbibliothek**

lfd. Nr. **28**

Tätigkeitsbereich **Digitale Erschließung der Hausbücher der Nürnberger
Zwölfbrüderstiftung**

	Stellen- zahl	Funktionsbezeichnung	Verg.- Bes-Gr.	Kosten	Deckung	ungedeckt
beantragt:	2,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/in	IIH	154.600 €	154.600 €	0 €
Vorschlag:	2,00	Wissenschaftliche/r Sachbearbeiter/in	IIH	154.600 €	154.600 €	0 €

Anmerkungen **mit Sperrvermerk bis Zuschussfinanzierung gesichert; dann mit Stellenvermerk**
Stellenvermerke **"Z"; befristet bis 09.07**
Deckungshin-
weise

Begründung der Dienststelle: **Mit den sogenannten Hausbüchern der Mendelschen und Landauerschen Zwölfbrüderhausstiftungen besitzt die Stadtbibliothek Nürnberg die wohl umfangreichste und wertvollste serielle Bildquelle zum historischen Handwerk in Europa. Vom Bäcker bis zum Zimmermann, vom „Ablader“ bis zum „Zuckermacher“ schildern ihre 1.340 Darstellungen zahlreiche Herstellungsverfahren und Erzeugnisse vom 15. bis 19. Jahrhundert. Als Forschungsmaterial wie auch als Illustrationsvorlagen sind die Handwerkerdarstellungen der „Zwölfbrüderbücher“ in fach- wie populärwissenschaftlicher Literatur seit langem beliebt. Dennoch blieb ihr größter Teil bis heute unveröffentlicht. Die Stadtbibliothek Nürnberg als Eigentümerin und das Germanische Nationalmuseum als informationstechnologischer Kompetenzträger wollen die Hausbücher nun erstmals komplett und gemäß aktueller Standards digital dokumentieren. Sie werden vom Original digital erfasst, langzeitarchiviert, sowie samt vollständiger Transkription ihrer Beschriftungen und Tiefenerschließung ihrer handwerkstechnischen Ikonografie international recherchierbar als „Netzpublikation“ veröffentlicht. Schnittstellen zu zentralen Bildquellenportalen werden größtmögliche Interoperabilität garantieren. Für die Bearbeitung des Projektes sind auf Grund des Umfangs und der gegebenen Fallzahlen (s. o.) insgesamt zwei Vollkraftstellen erforderlich. Die beiden Stellen sollen zur Verfügung stehen für einen Zeitraum von 18 Monaten nach der Projektbewilligung, voraussichtlich vom 1.4.2006 bis 30.09.2007.**

Stellungnahme: **Die 2 Stellen sollen für die Dauer des Vorhabens (18 Monate) durch Drittmittel in vollem Umfang finanziert werden; die Stellen werden im Stellenplan entsprechend gekennzeichnet (Stellenvermerk Z) und bis 09.07 befristet. Da die Projektbewilligung der Deutschen Forschungsgemeinschaft noch nicht vorliegt, werden die Stellen im Stellenplan bis zur schriftlichen Finanzierungszusage gesperrt (Sperrvermerk).**